



Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,- M. für 1 Exemplar. Für Privatabonnenten werden Bestellungen nur durch die Post entgegen genommen. Insertionsgebühr für die Zeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind nur an den Verbandskassierer W. Gerden zu richten. Redaktion: G. Wollmann, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Nr. 16

Charlottenburg, den 15. April 1904

31. Jahrg.

Porzellan- etc. Arbeiter und Arbeiterinnen, denkt an die im Kampfe stehenden Kollegen und Kolleginnen, entnehmt von den Zahlstellenkassierern Streikmarken!

Sperren in Deutschland.

Die **Wollsperr**e besteht über Berlin Fächerfabriken (Tiez u. Strauß), **Wesel**, Steingutfabrik, Offenbach a. Main (Diebel, Lederwarenfabrik), Schlierbach, Tettau (Sonntag u. Söhne), Tallowitz (Gräfl. Frankenbergische Fabrik).

Halbsperren:

Alexandrinenthal (Firma Recknagel), Althaldensleben (außer W. Gerde C. Schulz, Dauermeister), Bonn (Mehlem), Düsseldorf (Wortmann u. Elbers, Emailierwerk), Frankfurt a. d. Oder (Paetsch), Freienorla, Garzig, Gersweiler, Gräfenroda (Heene, Heißner, Eckert u. Meuz), Kamenz i. S. (Wogt), Königszelt, Kranichfeld, Ilmenau (Wicht), Langewiesen, Neustadt bei Coburg, Deslau, Passau, Roschütz, Rudolfsstadt (Schäfer u. Vater), Schaala, Scheibe, Schweidnitz, Sörnewitz, Stadtlengsfeld, Stanowitz, Suhl, Triptis, Ueckendorf.

Bezüglich der Halbsperr

Bezüglich der Halbsperr

2. Bei Entlassungen wegen Verbandszugehörigkeit wird weder Unterstützung noch Fahrgeld gewährt, bei Entlassung wegen Verbandslosigkeit nur dann, wenn diese Tätigkeit infolge besonderen direkten Auftrages des Vorstandes ausgetübt wurde.

3. Ueberall, wo die Unternehmer oder ihnen gefügige Werkzeuge unsere Mitglieder systematisch nötigen, von Unternehmern geschaffenen oder protegierten Vereinen, Unterstützungs- oder Zuschussklassen beizutreten, oder

wenn sie die nachgesuchte Einstellung in ihren Betrieb davon abhängig machen, ist den Mitgliedern der Beitritt zu solchen Vereinen bezw. Kassen gestattet. Mitglieder, welche es unterlassen von diesem Beitritt dem Vorstand sofort Mitteilung zu machen, würden allerdings ihre Anrechte im Verbandsverbande verlieren.

Soweit unsere Mitglieder in jenen Vereinen bezw. Kassen Anrechte auf Arbeitslosen- oder Krankenunterstützung erwerben, tritt in unserem Verbandsverbande Kürzung der Unterstützung soweit ein, daß die beiderseitige Unterstützung den Betrag nicht übersteigt, in dessen Höhe das Mitglied in unserm Verbandsverbande bezw. Beihilfefond versichert ist. Entsprechend einer Kürzung in der Höhe der Unterstützung oder Beihilfe wird dafür die Dauer der Bezugsberechtigung verlängert.

Wenn das Mitglied aus solchem Arbeitsverhältnis ausscheidet, also jenem Zwange nicht mehr unterliegt, muß es auch aus diesen Zwangskassen ausscheiden, sobald seine mit dem Entlassungsfalle etwa verknüpften Ansprüche an diese Kassen befriedigt sind.

4. Alle Mitglieder, welche in Betrieben arbeiten (gleichviel, ob gesperrt oder nicht) wo sie ihre Mitgliedschaft verheimlichen müssen, sind verpflichtet, sich der Zahlstelle Berlin II anzuschließen, auch dann, wenn sich am Ort ihrer Beschäftigung eine Zahlstelle befindet. (Adresse des Kassierers: Karl Münt, Berlin SO., Reichenbergerstr. 28, Hof II.)

Sperren in Oesterreich.

Steingutfabrik Wessely u. Co. in Gutendorf (Süd-Steiermark). Westen-Budweis — Kunstwaren-Fabrik von Rudolf Ditmar. Steingutfabrik Franz Steidl in Znaim. — In Brünn ist gesperrt: Firma Gottlieb u. Brauchbar; in Königszelt bei Brünn (Mähren): Firma Wollmann u. Cie., beide Emailfabriken für Maler.

*) Ein Markstein in der Geschichte der deutschen Genossenschaftsbewegung.

Von Adolph von Elm.

„Der Worte sind genug gewechselt, laßt mich auch endlich Taten sehn!“ An diese Worte unseres Altmeisters Goethe erinnerte der Referent, Herr Geschäftsführer Heinrich Lorenz, die Genossenschaftler in der am 6. März dieses Jahres in Chemnitz abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, welche zusammenberufen war, um den Beginn der Eigenproduktion durch die Großeinkaufsgesellschaft zu beschließen. Wohl sind schon viele Konsumvereine Deutschlands zwecks Befriedigung lokaler Bedürfnisse zur Eigenproduktion geschritten; wir haben eine größere Anzahl eigener Bäckereien, auch einige Schlächtereien und Tischlereien. Aber eine durch die Konsumvereine errichtete größere Genossenschaftsfabrik, welche für den Bedarf sämtlicher Konsumvereine arbeitet, war bisher nicht vorhanden.

Seit der Englandreise der Vertreter der deutschen Genossenschaften, durch welche die Masse der organisierten Konsumenten zum ersten Male Kenntnis erlangte von den Erfolgen auf dem Gebiete der Eigenproduktion in Großbritannien, ist jedoch diese wichtige Frage nicht mehr von der Tagesordnung in Genossenschaftsversammlungen verschwunden. Sie wurde seit jener Zeit erörtert auf allen Tagungen des sogenannten Allgemeinen Verbandes, und da war es interessant zu hören, wie Dr. Grüger und Genossen sich redlich Mühe gaben, den deutschen Genossenschaften die Eigenproduktion auf nationaler Grundlage nach dem Beispiel der Engländer zu vereteln. Eine derartige Entwicklung paßt absolut nicht zum Programm der Mittelstandsretterei des alten Verbandes, dessen

*) Aus dem Aprilheft der „Sozialistischen Monatshefte“.

Begründer Schulze-Dehligsch wohl die Produktivgenossenschaft, die Innung der Zukunft, als die Krönung des Genossenschaftsgebäudes feierte, durch die genossenschaftliche Produktion aber nicht der Gesamtheit der Arbeiter helfen, sondern einzelnen unter ihnen es ermöglichen wollte, sich aus der Reihe der Brüder emporzuarbeiten „und anstatt, gleich ihnen, Beschäftigung zu suchen, wie bisher, nun selbst einem Teil derselben Beschäftigung zu geben.“ Schulze-Dehligsch war eben Kleinbürger vom Scheitel bis zur Sohle, sein Ideal war, einen Teil der Arbeiter zu kleinen Unternehmern zu machen und sie durch Rohstoff-, Handwerker- und Kreditgenossenschaften vor der Konkurrenz des Großkapitals zu schützen. Aus diesem kleinbürgerlichen Ideenkreis ist der Allgemeine Genossenschaftsverband getreu nach den Grundfäden seines Begründers, nie herausgekommen. Sprach man auf den Genossenschaftstagen von den Erfolgen der Eigenproduktion in England, dann hieß es, die Verhältnisse liegen dort aber auch ganz anders, als bei uns in Deutschland; in England sei aus einer gewissen Sonntagsstimmung heraus gehandelt worden, und man glaubte, nicht eindringlich genug vor dieser Sonntagsstimmung in Deutschland warnen zu können. Jeder Zusammenhang der Genossenschaftsbewegung mit der allgemeinen Arbeiterbewegung wurde verneint. Die statutarische Bestimmung des Mannheimer Konsumvereins, die da lautete: „Bei dem Bezug von Waren berücksichtigt der Verein in erster Reihe die Unternehmungen, in denen das Koalitionsrecht der Arbeiter anerkannt und die gewerkschaftlichen Arbeitsbedingungen zur Geltung gelangt sind“, war die Ursache, weshalb Herr Dr. Krüger den Verein von der Aufnahme in den Verband zurückwies. Rücksichtnahme auf die Interessen der Arbeiter als Produzenten, Organisation des Konsums, um durch die erlangte wirtschaftliche Macht als Käufer einen Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter auszuüben, galt Herrn Dr. Krüger als Hochverrat an dem individualistischen Prinzip seiner von ihm in Kleinbürgerlichem Geiste geleiteten Konsumvereine. Heute besteht darüber kein Zweifel mehr: es war ein Segen für die Konsumvereine, daß Herr Dr. Krüger in Kreuznach gewaltsam trennte, was seinem

inneren Wesen nach nicht mehr zusammengehörte. Die Konsumvereine waren im Laufe der Jahre mehr und mehr große demokratische Massenorganisationen geworden und hätten über kurz oder lang von selbst die kleinbürgerlichen Bande sprengen müssen, durch die sie in ihrer Bewegungsfreiheit im Allgemeinen Verband gehemmt waren. Nach Kreuznach folgte in Dresden die mit allseitiger Begeisterung in Genossenschaftskreisen begrüßte Gründung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. . . . Noch kein Jahr ist verfloßen, und der junge Niese recht seine würdiger Arbeit: er muß vorwärts auf dem Wege, auf dem in Großbritannien die Genossenschaftler so Gewaltiges geleistet haben.

Es sind keine neue Bahnen, in welche die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine mit ihrem Beschluß in Chemnitz, in Alten an der Elbe 28 400 Quadratmeter Landes zu erwerben und auf eigenem Grund und Boden jetzt mit der Eigenproduktion zu beginnen, gelangt ist; es ist das im Jahre 1843 von den Redlichen Pionieren von Rochdale aufgestellte Programm, dessen Verwirklichung für Deutschland nun auch durch die deutschen Genossenschaftler in Angriff genommen werden soll. Charakteristisch ist, daß in Deutschland, wie in England, die Seife, nach deren Verbrauch, wie man sagt, der Kulturgrad einer Nation beurteilt wird, zum ersten Fabrikationsgegenstand von den Genossenschaften ausersehen wurde. Wir Deutsche kommen allerdings fast ein Menschenalter später; in England wurde schon 1874 in Durham die Genossenschafts-Seifenfabrik errichtet. Dieselbe hat sich gut entwickelt, und als sich die Durhamer Räumlichkeiten zu klein erwiesen, wurde 1895 die jetzige Seifenfabrik in Irlam gebaut. Diese hatte im Jahre 1896 einen Umsatz von ca. 2 Millionen Mark; der sich bis zum Jahre 1903 auf über 7 Millionen Mark steigerte. Die Genossenschafts-Irlam-Seife hat sich in Großbritannien einen guten Ruf erworben; zur Zeit sind in Irlam 391 Arbeiter beschäftigt, um Seifen aller Arten und die dazu gehörigen Nebenprodukte, Seifenpulver, Wicse, Pomade zc. anzufertigen. Möge Alten-Seife in Deutschland sich ebenfalls bald der Gunst der Konsumenten erfreuen.

Den Genossenschaften Deutschlands erwächst aus dem von ihren Vertretern in Chemnitz gefaßten Beschluß die Pflicht, für die Durchführung desselben mit aller Energie einzutreten. Die finanzielle Basis ist gegeben, die zur Durchführung des Unternehmens erforderlichen 300 000 Mark sind schon zum größeren Teil von den kapitalkräftigsten Konsumvereinen gezeichnet, die Beschaffung der restlichen Summe dürfte keine Schwierigkeiten machen. Bei der nächsten Tagung der Großeinkaufsgenossenschaft Anfang Juni in Hamburg wird die Geschäftsleitung jedenfalls schon berichten können, daß der Grundstein zur Fabrik gelegt ist; noch im Laufe dieses Jahres dürfte mit der Produktion begonnen werden, dann gilt es, für den Absatz zu sorgen. Von der Entwicklung dieser ersten deutschen Konsumgenossenschaftsfabrik wird es abhängen, wieweit weitere Zweige der Produktion in Angriff genommen werden können. Der Grund und Boden dazu ist heute schon vorhanden, auf 28 000 Quadratmeter Landes können außer der Seifenfabrik noch eine Reihe von Fabriken gebaut werden. Beabsichtigt ist, nicht, wie in England, die diversen Fabriken für die eigene Produktion über das ganze Reich zu zerstreuen, sondern möglichst zusammenzulegen. Dadurch dürfte an Spesen für die Leitung, an Frachtkosten zc. wesentlich gespart werden. Zieht man ferner in Betracht, daß neue Reisende zum Verkauf der in eigener Produktion hergestellten Artikel außer den schon jetzt von der Großeinkaufsgenossenschaft angestellten nicht erforderlich sind, daß der Absatz schon in den ersten Jahren ein größerer sein dürfte, als der der größeren Privatfabriken, so braucht man wegen der Konkurrenzfähigkeit keine Bedenken zu tragen.

Allerdings werden in einer Beziehung die Herstellungskosten höhere sein, als in kapitalistischen Betrieben; in den Genossenschaftsfabriken dürfen keine Hungerlöhne gezahlt, die Arbeitszeit muß den Beschlüssen der Gewerkschaften gemäß festgesetzt werden; von der Unterstützung, die die Eigenproduktion bei den organisierten Konsumenten findet, wird es abhängen, ob trotzdem auch für die Konsumenten ein Nutzen aus der Produktion erwächst. Nur bei großem Absatz ist derselbe sicher verbürgt. Wird die erste Konsumgenossenschaftliche Fabrik von Beginn ihrer Tätigkeit

Feuilleton.

Die Kirche und die Judenschlächtereien des Mittelalters.*)

Als die christliche Religion Staatsreligion geworden war, und die Machthaber ihre Eroberungspolitik mit dem weiten Mantel des Christentums deckten, war die kirchliche Gesetzgebung dazu gekommen, alles und jedes Zinsnehmen zu verbieten. Die Kirche konnte dies, denn rings um sie herrschte die Naturalwirtschaft. Der Handel war in den Stürmen der Völkerwanderung fast völlig erloschen. Wo er sich kümmerlich erhalten hatte, waren in der Hauptsache die Mönche, neben ihnen die Juden, seine Träger. Es entsprach in jener Zeit den Interessen der Kirche, wenn sie sich gegen das Zinsnehmen wandte. Sie tat es mit Nachdruck und Zuversichtlichkeit, indem sie als Glaubenssatz aufstellte, widerrechtlich und sündlich sei es, die Nutzung fremden Kapitals zu vergüten.

Aber die Völker blieben nicht bei der Naturalwirtschaft stehen. Aus den Nieder-

lassungen um die Burgen, Kirchen, Klöster, an den Flüssen und an den Kreuzungen der Heerstraßen entwickelten sich die Städte, aus der Arbeitsteilung auf den Fronhöfen das zunftmäßige Gewerbe. Der Handel keimte wieder empor. Es wurde nicht mehr Ware gegen Ware, sondern Ware gegen Geld getauscht. Der Handel hatte das Kreditgeben und das Zinsnehmen zur Voraussetzung. So wogte und brandete denn die aufgekommene Geldwirtschaft über die primitiven, in den Zeiten der Naturalwirtschaft entstandenen ökonomischen Gesetze der Kirche hinaus. Aber inmitten dieses Entwicklungsprozesses von der Natural- zur Geldwirtschaft fühlte sich die Kirche in der Autorität ihrer Lehren angegriffen und in ihrer Existenz bedroht. Sie wendete das kirchliche Zinsverbot nur um so schärfer an; aber das wirtschaftliche Leben spottete all' der Verbote, der Predigten, des Streites, und es ist der größte Hohn auf das kirchliche Zinsverbot, daß schließlich nicht bloß Könige und Fürsten, sondern auch Bischöfe und Päpste borgen mußten.

Die Art, wie die Kirche versuchte, sich gewaltsam gegen eine notwendige Entwicklung zu stemmen, inmitten der Geldwirtschaft an den Gesetzen der Naturalwirtschaft festzuhalten, brachte Elend und Unglück über große Teile

des Volkes. Dabei verhinderte das Zinsverbot nicht den Wucher, es förderte ihn im Gegenteil und es wurde eine der Ursachen der gräßlichen Judenschlachten des Mittelalters.

Die von der Kirche als die Mörder des Begründers der christlichen Lehren tief gehaßten Juden standen außerhalb der Christenheit. Von den ersten Zeiten des Christentums an sind sie namentlich von dem niederen Klerus auf das heftigste verfolgt worden. Gerade diese klerikale Unduldsamkeit trug viel dazu bei, zu verhindern, daß sich die Juden mit der übrigen Bevölkerung vermischten. In der Umgegend der Klöster, den Zentren der Kultur in den ersten Zeiten des Mittelalters, duldete man sie nicht oder nicht lange. So wurde es ihnen unmöglich gemacht, sich dem Ackerbau oder später dem Gewerbe zu widmen. Förmlich gezwungen, sich durch den Handel zu ernähren, wurden sie dessen ausdauernde Förderer. Außerhalb der Christenheit stehend, standen die Juden auch außerhalb des kanonischen Zinsverbotes. Sie konnten Zins nehmen und Geldgeschäfte treiben und taten es auch.

Die ganze herrschende Klasse des Mittelalters machte sich Judenhaß und Judenbegünstigung zu Nutzen. Das kanonische Zinsverbot war dazu die Ursache. Es brachte

*) Aus „Wider die Pfaffenherrschaft“ von Emil Rosenow, für welches Werk wir auf der 7. Seite dieses Blattes eine besondere Empfehlung bringen.

an ausreichend unterstützt, so daß das Unternehmen als auf sicherer Basis beruhend betrachtet werden kann, so werden in Allen an der Elbe bald weitere Genossenschaftsfabriken zur Herstellung anderer Fabrikate errichtet werden.

Wollen wir, gestützt auf die Erfahrungen unserer englischen Freunde, etwas schneller in dieser Richtung marschieren, als jene, dann ist notwendig, daß unsere Konsumvereine dafür sorgen, daß größere Reservefonds zwecks Förderung der Eigenproduktion geschaffen werden. Die von der Großeinkaufsgesellschaft veranstaltete Umfrage behufs finanzieller Unterstützung des neuen Unternehmens hat die, erfahrenen Genossenschaftlern längst bekannte Tatsache wiederum bestätigt, daß mehrere nach der Zahl ihrer Mitglieder recht große Vereine Mittel zu diesem Zweck nicht zur Verfügung stellen konnten. Am Schlusse des Geschäftsjahres werden in diesen Vereinen, welche man weit eher dividendenhungrige vielköpfige Krämerinstitutionen, als vom Geiste der Solidarität besetzte Genossenschaften nennen kann, bis auf die notwendigen Abschreibungen und gesetzlich vorgeschriebenen Zuwendungen zum Reservefonds alle Ueberschüsse wieder an die Mitglieder verteilt. Es bleibt nichts, um die weiteren Ziele des Vereins und der Großeinkaufsgesellschaft zum Wohle der Gesamtheit zu fördern.

Diesem Zustand sollten in erster Linie die Gewerkschafter in den Genossenschaften entgegentreten. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben ein großes Interesse daran, die genossenschaftliche Eigenproduktion zu fördern. Die Genossenschaftsfabriken werden ihnen als Rückenstärkung für ihre eigenen Organisationen, als Beispiel für das unter den jetzigen Verhältnissen Erreichbare dienen können. Auf dem vor drei Wochen abgehaltenen Heimarbeiterschuttkongress sind uns durch die Ausstellung von in der Heimindustrie hergestellten Waren die schmähligen Hungerlöhne der Heimarbeiter Deutschlands vor Augen geführt worden. Die Mühlen der Gesetzgebung mahlen langsam, furchtbar langsam, sofern sie für den Schutz der Arbeiter gegen die kapitalistische Ausbeutung in Bewegung gesetzt werden sollen. Ist die deutsche Arbeiterschaft von dem ernstlichen Willen be-

seelt, das Elend in der Heimindustrie zu bekämpfen, so gibt es dazu noch einen Weg, der weit sicherer ist, als der der Gesetzgebungsmaschinerie: arbeiten wir mit aller Energie an dem Ausbau unserer Genossenschaften! In England ist es erreicht: die in den genossenschaftlichen Konfektionswerkstätten angefertigten Waren sind im Preise nicht teurer, in der Qualität sogar wesentlich besser, als die der Heimindustrie.

Das läßt sich natürlich nicht von heute auf morgen erringen, aber durch Konzentration unserer Kräfte ist das Ziel in greifbare Nähe gerückt. Gewerkschafter und Genossenschaftler müssen sich gegenseitig zu schützen und zu stützen und zu fördern suchen. Nicht nur müssen alle Gewerkschafter Mitglied der Genossenschaften werden, sondern die verfügbaren Mittel der Gewerkschaften müssen ebenfalls in den Dienst der Genossenschaftsbewegung gestellt werden. Wie in Großbritannien müssen auch wir in Deutschland eine Genossenschaftsbank haben, in der Gewerkschaften und Genossenschaften ihre Gelder deponieren. Dadurch werden gewaltige Mittel zur Förderung der genossenschaftlichen Produktion dienstbar gemacht werden können. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg — die Aufgabe ist gestellt, die Lösung hängt von dem Verständnis für dieselbe auf Seiten der organisierten Arbeiterschaft ab.

Der organisierten Arbeiterschaft: dazu rechne ich nicht nur die gewerkschaftlich und genossenschaftlich, sondern auch die politisch organisierten Arbeiter. In den letzten Jahren hat die Sozialdemokratie den Genossenschaften gegenüber eine wohlwollende Neutralität bekundet; ob es zweckmäßig und für die nächste Zukunft erreichbar ist, daß offiziell durch einen Parteitagbeschuß etwas daran geändert wird, will ich jetzt nicht erörtern. Wohl aber halte ich es für die Pflicht aller führenden Genossen der Partei, für ihre Person aus der bisherigen Reserve einmal herauszutreten und ihren ganzen persönlichen Einfluß zur Förderung und Entwicklung des Genossenschaftswesens in die Waagschale zu werfen. Dasselbe gilt auch für die Parteipresse, auch für sie ist es eine Ehrenpflicht, der Erziehung des Volkes zur praktischen Solidarität, die ohne Zweifel in der modernen Genossenschafts-

bewegung, wenn zur Zeit auch noch in bescheidenen Anfängen, vorhanden ist, ihre Kraft zu widmen. Unsere Presse ist unsere vornehmste Waffe zur Aufklärung der breiten Massen des Volkes. Die müssen nicht nur für die Genossenschaftsbewegung gewonnen werden, Aufgabe der Arbeiterpresse muß es vor allem sein, die kapitalistischen Instinkte, die Dividendenjagd in den Massen zu bekämpfen und dieselben für die höheren Ziele der Genossenschaftsbewegung zu erziehen. Als solche betrachte ich nicht allein die genossenschaftliche Eigenproduktion, sondern auch die Bereitstellung von Mitteln für die Erziehung, Belehrung und Schulung von Arbeitern zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten. Große Genossenschaftsbibliotheken und Lesesäle, Räume für Versammlungen, für Konzerte und Theater können aus Genossenschaftsmitteln geschaffen werden; Unterrichtskurse zur Ausbildung fähiger Genossen können errichtet werden und endlich auch Herbergen für die Proletarier der Landstraße. Ist das nicht etwa ein Ziel, des Strebens aller edlen Menschen, in erster Linie aller Sozialdemokraten wert? Zu dieser praktischen Gegenwartsarbeit die Arbeiter ständig geistig anregen heißt ebenso an ihrer Befreiung arbeiten, als wenn man sie zu unausgeheftetem wirtschaftlichen und politischen Kampf anseuert. Wir wollen und brauchen nicht die eine Tätigkeit über der andern zu vernachlässigen, wir wollen alle Waffen im Kampf gegen den Kapitalismus benutzen, um ihn zu überwinden. Dazu ist aber notwendig, daß auch die Genossenschaftsbewegung als gleichwertiger Faktor im Befreiungskampf des Proletariats anerkannt wird. Erst wenn dies durch die Sozialdemokratie geschehen ist, wird es volle Wahrheit sein, was ein Genosse auf meinen in den Sozialistischen Monatsheften veröffentlichten Artikel „Die Revisionisten an der Arbeit“ glaubte schon für die Gegenwart als Tatsache verkünden zu können: Die Sozialdemokratie ist an der Arbeit, nicht nur zur Propagierung der gewerkschaftlichen und politischen Betätigung der Arbeiter, sondern ebenfalls zur genossenschaftlichen Erziehung des gesamten Volkes.

die Juden in eine privilegierte Ausnahmestellung, der aber, gerade weil das Zinsnehmen als Sünde galt, Haß und Verachtung anhaftete. Je mehr die Naturalwirtschaft sich zur Geldwirtschaft entwickelte, desto hemmender und drückender wurde das christliche Zinsverbot, desto öfter mußte der Christ den Juden als Gelddarleher in Anspruch nehmen. Die Juden wurden das unentbehrliche Bindeglied zwischen Produktion und Handel, die Kapitalbesitzer, die Wucherer.

Vom Papst bis zum niedersten Christen nutzte der ganze Klerus die Lage der Dinge aus. Und Fürsten und Städte machten es dem Klerus nach. Hatte der Jude vor dem Christen das Privileg des Zinsnehmens, also des Wuchers in der Sprache der Kirche, so mochte er dafür bezahlen. Die Judenschutzgelder wurden eingeführt. Sie waren die Zinseszinsen vom Wucher der Juden! Dabei wucherte auch der Klerus weiter! So klagte z. B. 829 der Bischof von Worms in einem Briefe über die hohen Zinsen, welche die Kleriker als Darlehn von Armen fordern.

Das Judenregal war eine überaus einträgliche Geldquelle des Kaisers. Aber es war nur eine von den vielen Belastungen der Juden. Die Städte erhoben für die

Duldung der Juden von diesen hohe Steuern, daneben ließen sie sie für die Befreiung von Wach- und anderen Diensten bezahlen. Bei Aufführung neuer Stadtmauern wurden die Juden geschöpft. 1386 hieß es im Nürnberger Stadthaushalt: „recepta von der Juden wegen 16,216 Pfg.“; 1387: „17,806 Pfg.“ Noch ergiebiger aber für ihre weite Tasche nutzte die Kirche die Juden. Für die Päpste war der Judenwucher geradezu eine Notwendigkeit. Die Existenz jüdischer Geldleher war noch der einzige Grund, der den völligen Zusammenbruch des kanonischen Zinsverbotes hinausshob. Deshalb, und weil sie selbst von den Juden Gelder erhielten, machten die Päpste immer wieder den Juden für ihre Geldgeschäfte mit den frommen Gläubigen eine Hintertüre auf. So beispielsweise Papst Innocenz VIII., der durch eine Bulle den Rat der Stadt Frankfurt a. M. hieß, den Juden Häuser zu geben, und gestattete, daß sie auf Zinsen liehen. Der Erzbischof von Mainz entwickelte 1255 in scholastischer Spitzfindigkeit: dem Christen sei Wucher verboten, Wucher (d. h. Zinsgeschäfte) müssen getrieben werden, also müssen die Nichtchristen wuchern, denen Wucher keine oder kaum eine Sünde sei. Der „Layenspiegel“ sagt „von Juden und andern ungläu-

bigen“: Die Kirche will sy in dieser Sünde belassen, so haben sy umb den Wucher kein conscienz.“ Ja, die frommen Herren der Kirche machten selbst allerlei Geldgeschäfte mit den Juden. So verpfändete 1291 der Erzbischof in Erfurt den Juden gar die ganzen Gerichtsgefälle, und es galt dies nicht als etwas außergewöhnliches. Dabei wuchte die Kirche ihre Schutzjuden auch wieder gründlich zu schröpfen. Blökölich wurde dekretiert, daß den Schuldnern ihre Judenschulden in Gnaden erlassen seien. So hatte das Papsttum zur Zeit der Kreuzzüge und um die hungrigen Schnappspäcke des Abels „unter das Kreuzeszeichen“ zu bringen, den Kreuzfahrern u. a. auch den Nachlaß ihrer Judenschulden als Lockmittel versprochen. Hülfe, was helfen mag: Jud' hinaus, Jud' heren, wie's der jeweiligen Politik gerade besser rentierte.

Unter solchen Verhältnissen war das Geldleihen ein Risiko, welches sich der jüdische Bankier des Mittelalters hoch bezahlen ließ. Wenn der Christ in das Judenviertel schlich und Geld borgte, bekam er es auf wöchentliche Fristen, zu hohen Zinsen und drückenden Pfändern. Konnte er nicht rechtzeitig zurückgeben, dann wuchsen seine Schulden rapide an und eines Tages war er ruiniert. Aber die

Bekanntmachungen des Verbands- Vorstandes.

Wegen Nichterfüllung der im § 34, Abs. 4 des Verbandsstatuts vorgesehenen Pflicht sind die Zahlstellen **Neuhaus a. M.** und **Neustadt b. C.** aufgelöst und die Mitglieder der Zahlstelle Berlin II überwiesen worden. Demgemäß werden die Mitglieder ersucht, sich behufs Wahrnehmung ihrer Mitgliederrechte **sofort** bei dem Kassierer Karl Munk, Berlin SO. 26, Reichenbergerstr. 28, Hof II anzumelden. Zugleich mit der Anmeldung ist das Quittungsbuch einzusenden.

Der Vorstandsvorstand.

Bekanntmachung

Trotzdem in Nr. 13 der „Ameise“ vom 25. März die Zahlstellenkassierer um pünktliche Einsendungen der statistischen Karten mit den Angaben pro 1. Quartal zwecks Aufrechnung für das Reichsstatistische Amt ersucht und die Zahlstellenvorsitzenden gebeten wurden, die Kassierer an die rechtzeitige Ausfertigung und Absendung der Karten zu erinnern und trotzdem in Nr. 14 der „Ameise“ vom 1. April nochmals in gleicher Weise zur Pflichterfüllung gemahnt wurde, mußte die Statistik unvollständig an das statistische Amt gesandt werden, mit dem Hinzufügen, daß die Angaben von 13 Zahlstellen fehlen. Es sind dies folgende Zahlstellen:

Viberach, Darmstadt, Gräfenthal, Hirschberg, Höhr, Hüttensteinach, Manebach, Neuhaus, Ohrdruf, Roda, Schmiedefeld, Tettau, Bohlenstrauß.

Die Karten von Viberach und Tettau gingen am 11. März, also sechs Tage zu spät, die von Gräfenthal und Ohrdruf am 12. April, also 7 Tage zu spät ein, die von den anderen genannten Zahlstellen überhaupt nicht.

Folgende Zahlstellen werden zur sofortigen Einsendung der **Berdienslisten** und **statistischen Fragebogen** aufgefordert:

Mühlthal, Amberg, Arzberg, Charlottenburg, Coburg, Elgersburg, Gräfenthal, Grünstadt, Hamm, Hütten-

Juden nahmen ihre Wucherzinsen nicht frei nach eigenem Ermessen, sondern mit hoher obrigkeitlicher, kirchlicher und päpstlicher Bewilligung. „Die kanonische Gesetzgebung verhinderte nicht nur nicht den Wucher, sie arbeitete ihm sogar noch in die Hände und nach allen Flüchen und Verdammungsformeln legitimierte sie ihn sogar durch ein Hinterpförtchen, sodaß gerade unter ihrer Herrschaft der Wucher eine Ausdehnung annahm wie nie früher oder später.“ So muß der klerikale Geschichtsschreiber Razingger urteilen, in seiner dem Bischof von Passau gewidmeten gekrönten Preischrift über die Geschichte der kirchlichen Armenpflege. Es ist eben unmöglich, die klaren Tatsachen zu verdunkeln. Erlaubte doch sogar Papst Innocenz VIII. in seiner 1491 an den Rat von Frankfurt a. M. gerichteten Bulle, daß die Juden „1 Heller auf 1 Gulden für eine Woche fordern“ durften, das ist also etwa 21 pCt. Zinsen! Die hohen Abgaben, welche die Juden an Fürsten und Kirche machen mußten, und die Unsicherheit des Geschäftes zwangen sie zu hohen Zinsen. Und die Kirche und die frommen Fürsten sahen die hohen Juden-zinsen gerne. Je mehr der jüdische Geldleiher verdiente, je mehr konnte man ihn schröpfen. Man erpreßte aus den Juden immer höhere Schußgelder und erlaubte ihnen, sie durch hohe Zinsen von

steinach, Ilmenau, Kahla, Kahlhütte, Magdeburg, Manebach, Markt-Leuthen, Meuselbach, Neuhaldensleben, Neuhaus, Neustadt b. Coburg, Oberhöndorf, Oberkühnig, Wforzheim, Biesau, Brobstzella, Rehau, Roda, Rudolstadt, Schmiedefeld, Schneey, Sonnershausen, Stadtilm, Suhl, Walbsaffen, Wittenberg, Zell.

Statistische Fragebogen fehlen noch von Breslau, Hermsdorf, Rips, München, Unterpörlitz, Wunsiedel.

W. Herden, Verbandskassierer.

Aufforderung.

Den Abschluß für **Streiffond pro 4. Quartal 1903** haben noch einzusenden: Manebach.

Den Bestand an **Büchern, Broschüren und Zeitschriften** haben trotz brieflicher Aufforderung noch nicht angegeben:

Höhr, Manebach, Suhl.

Wilh. Herden, Verbandskassierer.

125. Vorstandssitzung vom 29. März 1904.

Entschuldigt fehlt Zarges und Schröder. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird ein Schreiben des früheren Vorstandsmitgliedes Schulte zur Kenntnis gebracht, worin derselbe mitteilt, daß es infolge Wechsels des Arbeitsplatzes ihm fernerhin unmöglich sei, an den regelmäßigen Sitzungen teil zu nehmen. Es wird als ein Mangel an Pflichtbewußtsein betrachtet und bedauert, daß Sch. nicht früher Zeit und Gelegenheit zu finden gewußt, diese Absicht dem Vorstand mitzutheilen, und durch sein unentschuldigtes Fernbleiben von drei aufeinanderfolgenden Sitzungen verschuldete, daß der Vorstand nicht rechtzeitig den nächsten Ersatzmann einberufen konnte. — Zuschriften von Schlierbach und Wiesel sind mit Kenntnisnahme erledigt. — Im Anschluß an einen Bericht von Tettau wird dem Mitglied 88 945 weitere Unterstützung bewilligt. In Unterstützungssache 22 188 soll recherchiert werden. Das Mitglied 8705 Gustav Borjke, Maler, wird auf Grund des § 5, Abs. 3 d. St. vom Verband ausgeschlossen. Für 2 Mitglieder werden die beantragten Mitgliedszuschüsse bewilligt. — Bezüglich von Breslau beantragter Unterstützungen soll Rückfrage erfolgen. Die Zahlstellen Neuhaus und Neustadt b. Coburg werden wegen Nichterfüllens der Abschlüsse und Gelder pro 4. Quartal 1903 auf Grund des § 34, Ziffer 4 d. St. aufgelöst und die Mitglieder derselbst der Zahlstelle Berlin II überwiesen. —

Beihilfefond: Von der Allgemeinen Kranken- und Sterbelaße, Six Meißner sind im Januar d. J.

Bürger und Bauer wieder herein zu holen. Mit jedem Schritt, um den die Entwicklung der Geldwirtschaft vorwärts kam, wurde dieser das kanonische Zinsverbot hinderlicher. Aber die Klerisei wollte sich nicht zu seiner Aufhebung verstehen. Es dünkte ihr gefährlich, vor allem Volke das kirchliche Dogma dem neuen Geiste der Zeit zu opfern. Denn kirchliches Gesetz war göttliches Gesetz und hatte ewigen Bestand. Dann aber sah die Klerisei auch mit scheelen Augen die Neuordnung der Dinge. Die bisher unbekannte und in ihrer Tragweite unberechenbare Macht des rollenden Geldes zertrümmerte die ökonomische Alleinherrschaft der großen Grundbesitzerin, der Kirche. Deshalb hielt die Klerisei, solange es ihr irgend möglich war, am Zinsverbote fest.

Aber dem Handel war das Zinsverbot im Wege. Es trieb die Warenproduzenten, die Kunsthandwerker der schrecklichsten wucherischen, von der Kirche geduldeten und beförderten Ausbeutung in die Arme. Erkannte das Volk erst in der kanonischen Gesetzgebung gegen den Zins die Ursache des furchtbaren Druckes, dann mußte sich sein Grimm gegen die Kirche wenden. Deshalb waren die Pfaffen frühzeitig am Werke, die Aufmerksamkeit der Massen von der Hauptschuldigen, der Kirche, abzuleiten. Das Mittel zum Zweck war der Antisemitismus, und die

Agitationschriften usw. an die Zahlstellenverwaltungen unseres Verbandes gesandt worden, zu dem ausgesprochenen Zweck, die gegenwärtige Lage des Beihilfefonds dazu zu benutzen, die Mitglieder des Beihilfefonds für die Meißner Kasse zu gewinnen. In Verbindung mit dieser Materie steht ein Antrag Allen zur Diskussion, welcher empfiehlt, der Vorstand wolle unsere Mitglieder vor dem Beitritt zu dieser Kasse warnen. In Bezug auf die Meißner Kasse wird das Bureau beauftragt, mit dem Vorstand dieser Kasse in Verbindung zu treten zum Zwecke der Erlangung von Ausweismaterial. Von dem Einzelbeitritt unserer Mitglieder zu dieser Kasse soll denselben abgeraten werden, so lange die eventuellen Verhandlungen schweben.

G. Wollmann,
Vorstandsvorstand.

J. Schneider,
Schriftführer.

Das Protokoll der Verhandlungen des ersten Allgemeinen Seimarbeiter-Schutz-Kongresses, abgehalten zu Berlin im Gewerkschaftshaus am 7. bis 9. März 1904 ist im Verlage der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands erschienen. Das Protokoll bringt den größten Teil der Ausführungen der Referenten und Diskussionsredner wörtlich. Es bietet somit nicht nur ein getreues Bild der Verhandlungen, sondern auch ein gewichtiges Material zur Erörterung der dringenden Frage der gesetzlichen Regelung der Seimarbeit. Seine Bekanntheit ist deshalb Allen, die nur einig Interesse dieser Angelegenheit, die für die gesunde Fortentwicklung der Gesamtbevölkerung von ungeheurer Bedeutung ist, entgegenbringen, und Allen, die bereit sind, die Hand zu bieten, um eine im tiefsten Sinne dahinvegetierende Bevölkerungsgeschichte einpor zu heben, dringend zu empfehlen. Die 14 Bogen starke Schrift kostet 60 Pfg. pro Exemplar, unsere Verbandsmitglieder erhalten dasselbe aber für 30 Pfg., wenn selbige baldigst bestellen. An denjenigen Orten, für welche ein Gewerkschaftsartikel besteht, ist die Bestellung bei diesem zu bewirken, von allen andern Zahlstellen ist die Bestellung durch den Zahlstellenkassierer an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Diejenigen Verbandsmitglieder, welche auf das Protokoll reflektieren, wollen innerhalb 8 Tagen unter Erlegung von 30 Pfg. bei dem Zahlstellenkassierer bestellen. Die Zahlstellenkassierer wollen diese Beträge als besondere Einnahme buchen und mit dem nächsten Quartalsabschluß einsenden.

Aus unserem Berufe.

Berlin. Die Firma Nabe, Emaillierwerk, Berlin, Chausseestr. 80, hat in der deutschen „Blechzeitung“ nach Schriftmalern annonciert. Der Firma ist es bekannt, daß hier am Ort sich ein Arbeitsnachweis für Porzellan-, Glas- und andere Maler befindet, und die Annonce kann nur bezwecken, Ar-

beitslosigkeit und Unwissenheit des Mittelalters machen es wirksam.

War in einer Stadtbevölkerung die unklare Wut über die Verschuldung beim Juden am höchsten gestiegen und beriefen sich die Juden laut darauf, daß ja Papst und Kaiser ihnen gestattet hätten, diesen Zins zu nehmen, dann schlichen die Mönche von Haus zu Haus. Oder sie standen auf der Kanzel und regten das Volk auf. Seit 1450 zog so in Deutschland auch der Franziskaner Capistrano umher. Und wie gut, wie christlich und verständig erschien in dieser Männermunde das kirchliche Zinsverbot! Wie doppelt niederträchtig war ihm gegenüber der Wucher des Mosche, des Ephraim und all der Juden im Judenviertel! Die Wut des Volkes stieg noch, wenn die fanatischen Mönche die Juden der Zauberei beschuldigten, der Gemeinschaft mit dem Teufel, des Ritualmordes, der Brunnenvergiftung. Die Umstände waren solchen Anschuldigungen günstig. Die Stadträte zwangen die Juden in der Judengasse abgefordert zu wohnen. Das war der schmutzigste, grauigste Winkel der finsternen Stadt. Verließ der Jude die Gasse, so mußte er durch besondere Kleidung, zumindest durch den Judenhut gekennzeichnet sein. Trug eine verheerende Seuche ihren Keim in die Stadt, so fand sie ganz natürlich in dem Schmutz der Judengasse zuerst ihre Nahrung.

beitskräfte unter den ortsüblichen, also für hiesige Verhältnisse unauskömmlichen Löhnen zu erhalten. Den Kollegen allerorts sei daher nochmals in Erinnerung gebracht, daß dieselben Arbeit in Berlin nur durch Vermittlung des Arbeitsnachweises annehmen dürfen. Die Adresse des Arbeitsvermittlers ist: Karl Freiesleben, Berlin SO., Dranienstr. 16, v. 4 Tr.

Berlin. Ueber die Malerei der Firma Galland Nachfolger, Glasmanufaktur, Inhaber Böhm, ist die Sperre verhängt. Es haben 5 Maler wegen Nichtanerkennung des Arbeitsnachweises die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist also fernzuhalten.

Schlierbach. Die Streikenden haben in Kassel angefragt, ob und welche Antwort der Fürst Hsenburg-Wüdingen dem Herrn Ober- und Geheimen Regierungsrat auf dessen Mitteilung, daß die Arbeiter um seine Vermittelung nachgesucht haben, erhalten habe. Sie erhielten darauf folgenden Bescheid:

Dr. Mejer
Ober- u. Geheimer
Regierungsrat

Kassel, 7. April 1904.

Herrn Adam Raab

Schlierbach.

In Erwiderung Ihres gefälligen Schreibens vom 4. d. M. muß ich Ihnen anheimstellen, die Erlaubnis zur Einsichtnahme der bezüglichen Verhandlungen bei der fürstlichen Hsenburgischen Rentkammer zu Wächtersbach zu erbitten.

Ich bin nicht ermächtigt, einer mir auf Veranlassung Seiner Durchlaucht des Fürsten zu Hsenburg-Wächtersbach seitens der fürstlichen Rentkammer übersandten Darlegung betreffend den Porzellanarbeiterstreik weitere Verbreitung zu geben.

Ergebenst

Dr. Mejer.

Endlich erfahren wir also, daß der Fürst auf die Ueberweisung des Schriftsatzes der Arbeit reagiert hat. Diese Nachricht hat allerdings lange Zeit gebraucht (denn nach der Behauptung des Direktors Dr. Ehrlich ist der fürstliche Bescheid schon am 23. Februar nach Kassel abgegangen) und einer besonderen Anfrage hat es auch erst noch bedurft. Man

Von der Judengasse drang die Seuche dann weiter, und was Wunder, wenn in blinder Wut das Volk die Juden jetzt beschuldigte, aus Christenhaß die Stadt verseucht zu haben. Inmitten all des Hasses, der Verachtung, der erzwungenen Abgeschlossenheit, hingen die Juden desto enger zusammen. Das gab ihnen wiederum einen geheimnisvoll-sektenhaften Charakter und erhöhte die allgemeine Abneigung.

Wenn nun die Mönche hekten, grollte der Volkszorn nach der Judengasse hinüber. Wenn man den jüdischen Geldleiher einfach totschlug, war man aller Schulden ledig! Und der Totschlag war eine um so geringere Sünde, wenn man das Geld des Juden — der Kirche gab. So tobten dann die Volkshäufen durch die Judengasse, schlugen die Juden tot, plünderten ihre Häuser und brannten sie nieder. Aus einzelnen Städten überbringen uns die Chroniken noch sichere Kunde der scheußlichen Judenmassakres. „In Basel“, erzählt der Chronist Wurstisen, „wurden die Juden nach der Weihnacht des Jahres 1348 in ein hölzernes Häuslein zusammen gestoßen und jämmerlich im Rauch erstickt.“ In Freiburg i. B. 1349 „an dem nächsten Freitag vor unsrer Fromen Tag der Lichtmesse, da wurden all die Juden, die zu Freiburg in der Stadt waren, verbrannt, auch Kinder und tragent Fromen“. Von der Judenver-

könnte nun immerhin durch die Antwort befriedigt sein — wenn es eine solche überhaupt wäre, aber eine Antwort auf die Frage der Streikenden ist sie leider nicht und es entsteht dann eine neue Frage: Ist der Herr Ober- und Geheime Regierungsrat seitens des Fürsten auch nicht dazu ermächtigt worden, bezw. glaubt er auch dazu einer Ermächtigung seitens des Fürsten zu bedürfen, daß er den Streikenden mitteilt, ob und welche Antwort der Fürst auf die Mitteilung gegeben hat, daß die Arbeiter den Regierungspräsidenten um dessen Vermittlung ersucht haben? Es ist jedenfalls einleuchtend, daß neben dieser Hauptfrage das Interesse daran, welche Darlegungen der Fürst über den Streit an sich gegeben hat, nur ein sekundäres sein kann.

Statt also Aufklärung zu erhalten, wurden die streikenden Arbeiter vor neue Rätsel gestellt, für die nur Herr Direktor Dr. Ehrlich schnell wieder eine Erklärung finden dürfte. Indes, ganz hat der Herr Geheime und Oberregierungsrat den Satz in der Anfrage der Streikenden, nach welchem sie „ein großes Interesse daran haben, die Haltung des fürstlichen Unternehmers gegenüber den Einigungsbestrebungen der ausständigen Arbeiter zu kennen“, nicht ignoriert, indem er darauf hinwies, daß die fürstliche Rentkammer ja eventuell Auskunft geben könne.

Der Empfänger des Briefes pilgert also nach der fürstlichen Rentkammer und erhält dort von dem fürstlichen Sekretär die Auskunft, daß — keine Antwort seitens des Fürsten vorliege! Dazu den Rat, die Streikenden möchten sich direkt an den Fürsten wenden! —

Wenn wir einmal dazu kommen sollten, eine ausführliche Geschichte dieses Streiks zu schreiben, würde dieselbe jedenfalls in vieler Hinsicht interessant werden. —

Einem unglaublich dummen und verlogenen „Eingesandt“ ist der „Amtliche Wächtersbacher Anzeiger“, der „Wächter am Bach“ zum Opfer gefallen. In diesem „Eingesandt“ wird zunächst behauptet, daß die Schlierbacher Fabrik seit längerer Zeit den Betrieb in vollem Umfange und mit ausgezeichnetem Erfolge aufgenommen habe. Diese Behaup-

folgung in Schaffhausen 1401 wird u. a. erzählt, drei Juden waren so gefoltert worden, daß man sie „auf dem Karren nach dem Scheiterhaufen fahren mußte und hatte man ihnen die Waden an den Beinen aufgeschnitten und ihnen heißes Pech hinein gegossen und wiederum zugeheilt und dann wieder aufgeschnitten und dazu hant sie ihnen die Sohlen unten angebrannt, daß man wohl das bloße Bein hätte gesehen und sie wären nit verbunden gesin, und daß der Gemarterten einer redt: ich weiß nit, was ich verjehen (bekannt) han, denn bei der Marter hätt ich gesprochen, daß Gott nicht Gott“. In Glingen versammelte sich, angesichts des Bedrohlichen, die ganze Judenschaft in der Synagoge, zündete dieselbe an und starb freiwillig in den Flammen. Ebenso in Speyer und Worms. In Erfurt schlossen sich die Juden in ihrer Gasse ein, steckten sämtliche Häuser in Brand und erlitten so, an 6000 Menschen jeden Alters und Geschlechts, den Tod.

Mit Blut und Tränen bezahlten die Juden die Folgen des kirchlichen Zinsverbotes. Aber die ökonomischen Verhältnisse zeigten sich machtvoller als die blutigen Judenverfolger der Kirche. Raub vertrieben, mußte man die Juden wieder aufnehmen, weil man den Geldleiher nötig hatte.

tung nehmen wir dem Skribifay nicht übel, denn er mag das Ausschneiden sehr nötig haben. Weiter wird darüber gemunkelt, „daß die sauer verdienten Arbeitergroshen, welche so mancher armen Familie entzogen wurden“, in reichem Maße für die „wohlgenährten Schlierbacher“ flossen. Der Schmerz darüber ist jedenfalls echt und wir gönnen dem Verfasser des „Eingesandt“ gerne die vom „Wächter am Bach“ gebotene Gelegenheit, sich einmal ordentlich und öffentlich auszuweinen. Wir aber überlassen uns der Heiterkeit, die der Bericht des „Einsenders“ von der Osterversammlung erweckt. Es heißt da u. a.: „Ohne Umschweife stellte Gen. Wollmann den wankenden Streikern frei, bedingungslos die Arbeit wieder aufzunehmen — und „bei den völlig aussichtslosen Kämpfen müsse die Parteidisziplin schweigen und jeder müsse wissen, was er den Seinen schuldig sei“, ferner: „er rate ihnen daher dringend, der Fabrikarbeit Balet zu sagen und durch Bearbeitung ihrer Aecker und Wiesen sich den Lebensunterhalt zu erringen“, und schließlich:

„In fließender Rede überzeugte Genosse Hoch die Anwesenden, daß nur mit Hilfe der sozialdemokratischen Partei ihre alten Gerechtigkeiten an Wald und Feld wieder zurückzuerobert seien. Durch die Halsstarrigkeit der Betriebsleitung sei ihnen ja doch von jetzt ab die Fabrik für immer verschlossen. Im weiteren stellt sich Gen. Hoch auf den Standpunkt seines Vorredners, wodurch den Streikenden erneut dringend ans Herz gelegt wird, wieder zum Pflug und Spaten zurückzukehren. Mit tränenden Augen hingen die Zuhörer an den bebenden Lippen der Vortragenden. Brüderlich gab man sich die Hand und unterzeichnete pflichtschuldigst, von dem erhebenden Bewußtsein getragen, ein Opfer seiner Ueberzeugung zu sein, ein Schriftstück, in welchem man sich mit den Ausführungen der Redner vollständig einverstanden erklärte.“

Da hierdurch der mit vielem Tam-Tam und ungeheueren Geldmitteln in Szene gesetzte Streit im Sande verlaufen ist, so werden weitere Aufwendungen der Genossen Deutschlands in Wegfall kommen. Für Schlierbach bedeutet dieser Ausgang des Streikes das Eingehen der Zahlstelle des Verbandes der Porzellan und verwandten Arbeiter beiderlei Geschlechts. Außerlich wurde die Trauer über den Verlust dadurch bezeugt, daß auf den beiden Streiklokalen schwarze Trauerfahnen Halbmast gehißt wurden.

Streik ex!

Friede seiner Asche!“

So der Bericht. Der Einsender ist nicht einmal gewahr geworden, daß er dem Gen. Wollmann zwei einander widersprechende Aufforderungen in den Mund legt, eine, nach welcher die Arbeiter bedingungslos die Fabrikarbeit aufnehmen, die andere, nach welcher sie der Fabrikarbeit Balet sagen sollen. Doppelt mag ja unter Umständen schöner sein, aber wenn man auf dem Boden der Tatsachen zu stehen vorgiebt, soll man bei seinen turnerischen Übungen mindestens immer ein Bein als Stütze benutzen und nicht, wie der Einsender es versucht, beide Beine zugleich vorwärts strecken wollen, weil das nur andere zum Lachen reizen kann. Die schwarzen Fahnen bekundeten nicht die Trauer um das angebliche Eingehen der Zahlstelle, sondern um einen hochedlen, gütigen Fürsten, der in jenen Tagen irgendwo verstorben war. Wir wissen zwar nicht, welcher es war, aber hochedel und gütig sind Fürsten ja immer und damit ist wohl auch die Trauer gerechtfertigt. — Was die Streikenden unterschrieben haben

war lediglich die Verpflichtung, im Falle eines Streikbruchs die ganze erhaltene Unterstützung zurückzahlen. Diese Unterschriften waren aber schon am 1. Feiertag vollzogen worden. Gen. Wollmann hat vorher allerdings ersucht, daß alle diejenigen, welche sich einbilden sollten, nur zu Gefallen der anderen mitzustreifen, oder die sich zum weiteren Kampf zu schwach fühlen, lieber bald in die Fabrik gehen sollten, als uns etwa noch 8 oder 14 Tage anzuhäufeln und dann doch umzufallen. Aber nicht ein einziger ging, vielmehr erhielt Gen. Wollmann besagte unterschriebene Verpflichtungen. Nur ein Glasurer, welcher aber an den Zusammenkünften gar nicht teilgenommen hatte und den man schon am Sonnabend die „Arbeitswilligkeit“ auf den Kopf zugesagt hatte, wurde zur Entscheidung gedrängt, nun zu tun was er lange vorhatte und der ging denn auch in die Fabrik. Das Resultat der Radikalkur war demnach ein außerordentlich günstiges, das gegenseitige Vertrauen der Streikenden, das durch den eben und unerwartet erfolgten Abfall von 6 Mann aus ihren Reihen, gelockert schien, war wieder gefestigt, die Versammlung am 2. Feiertag konnte sich lediglich dieser Tatsache freuen und das vom Gen. Wollmann am Schluß der Versammlung mit „behenden Lippen“ ausgebrachte Hoch auf die Organisation und den Fortgang des Streiks fand einen brausenden Wiederhall. —

Für den „Wächter am Bach“ kann es nicht empfehlend wirken, wenn er sich noch bei der Drucklegung des Blattes am 9. April über wichtige Ereignisse vom 4. April, und das aus nächster Nähe, so ununterrichtet erweist, daß es den dummen „Kohl“ des Einsenders noch auf den Markt zu bringen übernahm. Dem Blättchen gönnen wir den Reinsfall und was den Einsender betrifft — wir kennen die Weise, wir kennen den Text — nach dem Hohn auf die angeblichen Opfer ihrer Ueberzeugung muß es einer sein, der für Gesinnungs- und Ueberzeugungstreue kein Verständnis besitzt und daher von sich sagen kann: Ich „denke“, ich bin — national-liberal. —

Im Betriebe feiert man indes fortgesetzt „glänzende Erfolge“ seitens der Direktion wie auch seitens der Arbeitswilligen. Eine Frau in den fünfziger Jahren, welche 23 Jahre in der Fabrik als Malerin gearbeitet hatte, wurde entlassen, weil sie irgendwo sich etwa dahin geäußert haben sollte: „Wenn die Wirtschaft in der Fabrik so weitergeht, muß die Fabrik bankrott machen.“ Wir begreifen, daß sich niemand solch ein „mene tekkel“ gern und ungestraft an die Wand schreiben läßt. Arbeitswillige fliegen ein und aus — und viel Enttäuschungen erleben beide vertragschließende Parteien, Vorstoß, viel Bruch, falsche Arbeit notiert die eine derselben, Barlöhne bis zu 20, 17 und 10 Mk. in 14 Tagen herunter die andere. — Ein Teil der Arbeitswilligen bemüht sich, Streikbrecher zu werben, so auch ein Maler Hans Holler, wohnhaft in Bad Orb, Bahnhofstr. 695. Der Mensch stellte einem düffeldorfer Genossen das Anstinnen, nach Schlierbach zu gehen. Wir erfahren aus dem uns vorliegenden Schreiben auch die Namen einiger arbeitswilligen Maler aus Bonn: Wessel, Henseler, Jacobi (der Turner von Hoppelsdorf), Müller, Gottfried genannt Flisch, Kessel. Von Interesse ist uns die Stelle: „Die Maler, die weggehen, weil sie nichts verdienen, können total nichts.“ Vielleicht untersagt jetzt Herr Doktor Ehrlich dem allzueifrigen Werber seine Schreibübungen, wenn dieser ungeschickt genug ist, Dinge zu verraten, die für die Dessenlichkeit

nicht bestimmt sind. Dem Maler Holler aber dürfen wir auf diesem Wege zu wissen geben, daß er sich seine Schreibereien sparen soll, weil sie der Düffeldorfer Genosse als Belästigung und unverdächtige Beleidigung empfindet. — Ein Teil der Schlierbacher Genossen plant den Neubau einer Steingutfabrik.

Zettau. Neues ist nicht zu berichten, denn daß Fabrikbeamte sich bemühen, wie das wieder vor den Feiertagen geschehen ist, Ausgesperrte zur Arbeitsaufnahme in der Fabrik zu bewegen, ist schon etwas Altes und daß dies erfolglos geschehen, ebenfalls.

Aus Wessel ging uns ein durch die in voriger Nummer der „Ameise“ gebrachte Berichtigung des Herrn Johnson veranlaßter Bericht zu, den wir zurückstellen mußten. Vorläufig sei nur darauf hingewiesen, daß die Sperre über die Fabrik noch besteht und zu beachten ist.

Znaim. Die Aussperrung dauert in vollem Umfange fort. Trotz der langen Dauer von 21 Wochen hat die Firma trotz lebhaftesten Bemühungen und großen Aufwendungen nur etwa ein halbes Duzend gelernter Streikbrecher gewonnen. Neuerdings hilft der Modelleur Duton Streikbrecher einfangen. Nach seinen großen Bemühungen in Wien hatte er den Erfolg, einen Gipsgießer namens Cizek gewonnen zu haben. Dagegen ist der Kaufreißer Karl Englert am 2. April wieder davongegangen. Trotzdem Englert ein gelernter Dreher ist, konnte er in der Fabrik nicht bestehen. In einem Briefe an Englert klagte die Firma, es sei wiederholt vorgekommen, daß Leute auf Kosten der Firma zugereist sind und auf Kosten der Ausgesperrten wieder abgeschoben wurden. Am 7. April war die Polizei wieder einmal besonders eifrig. Es kam nämlich Zuzug in der Person eines gewissen August Henn aus Königsee in Thüringen. Er war über die hiesige Lage völlig im Unklaren, nach genügender Information reiste er aber schon am Abend desselben Tages mit seiner Frau von Znaim ab und die Firma war wieder um eine Hoffnung ärmer. Was jetzt in der Fabrik arbeitet, schafft wöchentlich etwa 3—4 Wagenladungen — für den Schutthausen. Eine derartige Produktion dürfte der Firma auf die Dauer nicht profitabel erscheinen und daher mit der Zeit eine Sinnesänderung bei ihr bewirken, wenn der Zuzug ferngehalten wird, was wir von unsern Kollegen wohl erwarten dürfen.

Die Arbeitslosigkeit bei unseren Verbandsmitgliedern nach den Angaben der Zahlstellen für das Reichsstatistische Amt: Mitgliederzahl am Schluß des Quartals: männliche 7209, weibliche 262, zusammen 7471. Zahl der arbeitslosen Mitglieder im Quartal: männliche 256, weibliche 3, zusammen 259. Arbeitslose Mitglieder am letzten Tage des Quartals: männliche 77, weibliche 2, zusammen 79. Am letzten Tage des Quartals haben sich am Ort als auf der Reise befindlich gemeldet: 71 männliche Mitglieder. Von den Arbeitslosen bezogen Unterstützung am Ort insgesamt 117 Mitglieder für 2275 Tage 4787 Mk., davon männliche 116 für 2261 Tage 4778 Mk., weibliche 1 für 14 Tage 9 Mk. Auf der Reise bezogen 88 männliche Mitglieder für 338 Tage 715 Mk. Von 13 Zahlstellen mit 423 Mitgliedern (391 männlichen und 32 weiblichen) fehlten Angaben.

Bei der Firma **Friedrich Goldscheider**, Kunsttrottelfabrik in Wien XVIII, liegen Differenzen vor, die möglicherweise zu einem ernstesten Konflikt führen können. Ein Vertrauensmann der Retoucheure, welcher 9 Jahre bei der Firma beschäftigt war, wurde aus

einem vorgeschobenen Grunde gekündigt. Seine Kollegen erachten eine Maßregelung als vorliegend und fordern Zurücknahme der Kündigung. Zuzug von Retoucheuren und Formern muß daher vorläufig und auf längere Zeit unterbleiben.

Soziales, Gewerkschaftliches etc.

* Ueber die Gesundheitsgefahren in keramischen Fabriken und Emailierwerken sollen auf Veranlassung seitens des Staatssekretärs des Innern eingehende Erhebungen durch die Gewerbeinspektoren erfolgen, insbesondere über die Bleivergiftungs- und Staubgefahr.

* Eine revolutionäre Erfindung. Wie der „Confektionär“ berichtet, hat in Sonthofen im bayrischen Allgäu die Hämig'sche Patentgesellschaft, G. m. b. H., sich gebildet, um die Hämig'schen Patente gewerblich auszunutzen. Diese Erfindung hat im Webstoffgewerbe schon bei Erscheinen großes Aufsehen erregt; denn sie bezweckt nichts Geringeres, als daß ein Weber statt zwei bis drei Webstühle leicht deren sechs bis acht und mehr bedienen kann, wobei zudem an dessen Arbeitskraft weit weniger Ansprüche gestellt werden. Der Hauptvorteil der Erfindung soll darin bestehen, daß diese Einrichtung an jedem bisherigen Stuhl sich anbringen läßt. Wenn die anderen Verfahren in Deutschland nicht über Versuche hinauskamen, so liegt dies darin, daß dieselben einesteils zu verwickelt waren und andernteils deren Erwerb gleichbedeutend ist mit vollständiger Neuanlage einer Weberei. Das Hämig'sche Verfahren soll, wie schon bemerkt, unschwer und mit weit geringeren Kosten in jeder bestehenden Weberei vollständig sich durchführen lassen.

Auch in hygienischer Beziehung sollen mit dem Hämig'schen Patent große Vorteile verbunden sein; denn das lästige Einziehen des Fadens in den Webstühlen mit dem Mund fällt vollständig weg, und die bisherige Gefahr, daß tuberkulöse Frauen andere anstecken, ist dadurch beseitigt. Die zahlreichen Nachfragen seitens der größten Werke nicht nur in Deutschland, sondern auch des Auslandes bekunden die größte Interesse an dieser Erfindung. Zunächst werden die Stühle in der Weberei der bayrischen Baumwoll-Industrie in Sonthofen mit diesen Patentvorrichtungen adjustiert; in weiteren größeren Webereien wird das Hämig'sche Verfahren demnächst durchgeführt werden. —

In einer vernünftig geleiteten Gesellschaft würde man jede solche arbeitsparende Maschine mit Freuden begrüßen. Ihre Benutzung würde den Produzenten und Konsumenten gleichmäßig zu gute kommen. Heute erfüllt jede neue derartige Erfindung die Arbeiterschaft mit Schrecken. Größere Produktivität bedeutet nicht Verbesserung der Lebenslage, sondern Verschlechterung derselben, Arbeitslosigkeit für die „überflüssigen Hände“, Druck auf den Arbeitsmarkt, Zurückgang, nicht Erhöhung der Löhne etc. Es gibt ein Mittel, diese schlimmen Wirkungen auch in der gegenwärtigen Gesellschaft in etwas abzuschwächen: die Verkürzung der Arbeitszeit. Aber gerade gegen diese sträubt das organisierte Textil-Unternehmertum sich prinzipiell. Der noch nicht lange beendete Ausstand in Grimmitzschau hat die Textilbarone allerorten veranlaßt, sich enger als je gegen die Arbeiterschaft zusammenzuschließen zu dem einzigen Zwecke, die Arbeitszeit möglichst lang, den Arbeitslohn möglichst niedrig zu erhalten. Was kümmert es die Herren, daß durch dies Prinzip in Verbindung mit Erfindungen, wie die obige eine ist, die Verhältnisse eine Zu-

spigung erfahren, die unweigerlich zu einer gesellschaftlichen Katastrophe führt. Sie schöpfen erst einmal für sich das Fett von solchen Erfindungen ab. Gegen die Arbeiterschaft aber, die sich durch eine Verkürzung der Arbeitszeit wenigstens einen geringen Vorteil aus den Riesenfortschritten der modernen Technik sichern will, ruft man die Staatsgewalt „an die Gewehre“ und „auf die Schanzen“; die Führer der Arbeiterschaft im friedlichen Gewerkschaftskampf aber zitiert man vor den Richter wegen — Aufreizung zum Klassenhaß!

Versammlungsberichte etc.

Berlin II. Die Zahlstellenversammlung am 26. 3. war von 115 Personen, darunter 8 Frauen besucht. Aufgenommen wurden 17 neue Mitglieder, darunter 16 Schildermaler. Zur Maifeier wurde nach dem Antrag der Verwaltung beschlossen, dieselbe wie in den Vorjahren in und Gemeinschaft mit den Schildermalern (Berlin III) zu begehen. Der zuerst in Aussicht genommene Referent Genosse Kakenstein war erkrankt und war an seine Stelle der Genosse Breslauer erschienen, um einen Vortrag über die „Konsumvereinsbewegung“ zu halten. Redner führte aus, daß die organisierte Arbeiterschaft es gewöhnt ist, sich um alle Angelegenheiten des öffentlichen Lebens zu kümmern und ihre Geschäfte selbst in die Hand zu nehmen, im Gegensatz zu einst, wo sie alles dem Vorknecht überließ. Die ältesten Organisationen der Arbeiter waren die wirtschaftlichen Gesellenverbände. Zu Ende des vorigen Jahrhunderts beginnen sich die Arbeiter auch politisch zu organisieren und ihre wirtschaftlichen Interessen durch die Gründung der modernen Gewerkschaftsorganisationen zu fördern. Eine andere Form, der Ausbeutung durch den modernen Kapitalismus zu entgehen, ist die Organisierung der Konsumenten in den Konsumgenossenschaften. Diese Bewegung ist aber erst neueren Datums und von England, wo bereits um die Mitte des vorigen Jahrhunderts die ersten Konsumvereine gegründet wurden, herübergekommen. Als erster Verein gilt der Konsumverein „der redlichen Montiere von Hochdale“ einer englischen Weberstadt. Im Jahre 1844 wurde der erste Laden unter recht dürftigen Verhältnissen, wie das bei einer Mitgliederzahl von 28 Personen nicht anders möglich war, aufgemacht. Seit zählt der dortige Verein über 10000 Mitglieder und in ganz England ist über 1/3 der gesamten Einwohnerzahl in den Genossenschaften organisiert. In den Betrieben sind 90000 Personen beschäftigt, darunter 50000 Kaufleute und 40000 in den Produktionswerkstätten. Ein Bild von dieser kolossalen Entwicklung, welche die Bewegung in England erreicht hat, giebt es, wenn man hört, daß in der Bäckerei der Großeinkaufsgesellschaft von Glasgow 1000 Bäckergehilfen beschäftigt sind. In Manchester besitzt die Großeinkaufsgesellschaft die größte Schuhfabrik, die größte Seifenfabrik und das größte Lechhaus der Welt, ferner eigene Tabak-, Kales- und andere Fabriken. Sechs eigene Schiffe befördern den Verkehr mit dem Ausland und auf eigenen Bügen werden die Waren herangefahren. Sogar ein eigenes Bankgeschäft besitzt die Gesellschaft in Manchester. Die eigenen Konfektionswerkstätten sind recht erfolgreich mit der Schwitzindustrie in Konkurrenz getreten. Und überall wird unter den günstigsten Arbeitsbedingungen für die Angestellten gearbeitet. In Deutschland ist der erste Konsumverein in Sachsen, ebenfalls von Webern gegründet worden. Die größten deutschen Konsumvereine sind der Breslauer mit 80000, Leipzig-Plagwitz mit 40000 und Dresden mit 22000 Mitgliedern. Der letztere ist heute einer der größten Musterbetriebe geworden. Der Leipziger Verein befindet sich ebenfalls in den Händen der Arbeiter und erreicht einer größeren Umsatz wie der Verein in Breslau, wo dies nicht der Fall ist. Eine bedeutende Entwicklung verspricht der Konsum-, Bau- und Sparverein in Hamburg, welcher seit 4 Jahren bestehend, doch bereits 17000 Mitglieder besitzt. Wenn man nun fragt „Was bietet uns die Organisation des Warenkonsums?“ so ist zu antworten: Erstens hebt sie die Lebenslage des Arbeiters qualitativ, sie erzieht den Arbeiter und bietet ihm Rückhalt bei wirtschaftlichen Kämpfen. Ferner hat sie das Bestreben und die Verpflichtung Musterbetriebe zu schaffen. In Bezug auf die Entwicklung der Bewegung in Deutschland ist Referent der Ansicht, daß diese denselben Gang wie in England gehen wird. So hat die Großeinkaufsgesellschaft Hamburg zur Zeit einen Umsatz von 26000000 Mk. und in diesem Jahre hat dieselbe beschlossen mit 600000 Mk. eine eigene Seifenfabrik zu errichten. In Berlin hat die Konsumvereinsbewegung noch keine Erfolge gehabt, indem die bestehenden 6—8 kleinen Konsumvereine in gar keinem Verhältnis zur Einwohnerschaft stehen. Das ist aber

nicht die Schuld der Leiter, sondern hinter dieser steht die Masse und nur die kann Großes schaffen. Besonders die Arbeiterinnen sollten, derweil ihnen sonst alle politischen Rechte fehlen, auf diesem Gebiet ihre Rechte wahrnehmen. Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrag folgte eine Diskussion, bei welcher die Mehrzahl der Redner auf dem Standpunkt des Referenten stand. Im Besonderen war es die vom Referenten berührte Dividendenjägeret mancher Konsumvereine, besonders der sächsischen, welche erörtert wurde. In seinem Schlußwort ging der Vortragende nochmals auf diesen Punkt ein und erwähnte, daß der Leipziger Verein es sich zur Richtschnur genommen habe, nicht über 10 pCt. Dividende zu zahlen und der Dresdener Verein zahle durchschnittlich nicht mehr wie 7 pCt. und doch zählen diese beiden zu den am weitesten fortgeschrittenen. Inwiefern durch den Privathandel eine Ausnutzung der Konsumenten stattfindet zeigt sich, wenn man bedenkt, daß in Berlin auf 17 Haushaltungen ein Geschäft für Lebensmittel kommt. Dem Publikum ist es nicht immer möglich, zu beurteilen, ob die ihm im Handelsgewerbe gebotenen Waren qualitativ dem geforderten Preise entsprechen. Der wirtschaftliche Vorteil, welchen die Konsumenten bieten, läßt sich nicht in Zahlen ausdrücken und wie in der Gewerkschaftsbewegung, so muß auch in der Genossenschaftsbewegung alles zusammenwirken, um Erfolge zu erzielen und das gesteckte Ziel zu erreichen. Nachdem noch auf die am 28. März stattfindende kombinierte Versammlung der Berliner Zahlstellen aufmerksam gemacht und zu regem Besuch aufgefordert wurde, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Ziefenfurt. Die am 2. April 1904 abgehaltene Zahlstellenversammlung beschäftigte sich in erster Linie mit der Feier des 1. Mai. Zu diesem teilte die Verwaltung mit, daß nachmittags eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung stattfindet, wozu ein Referent aus Görlitz bestellt worden ist. Abends findet Konzert und die Aufführung eines Einakters mit darauffolgendem Tanz statt. Auch wird die Gesangsabteilung der Zahlstelle durch Vortrag einiger Lieder zur Verschönerung des Festes mit beitragen. — Da die Rauschaer organisierten Glasarbeiter beabsichtigen, den 1. Mai mit uns gemeinschaftlich zu feiern, so beschließt die Versammlung dieselben einzuladen. Von der Verwaltung wird bekannt gegeben, daß der geplante Vortrag des Gen. S. Keller-Görlitz, Sonntag, den 10. April, nachmittags 8 1/2 Uhr stattfindet. Thema aus naturwissenschaftlichem Gebiet. Da die Erhebung von Beiträgen nun erledigt ist, so wird seitens der Verwaltung gewünscht, daß sich die Genossen dementsprechend am Streikmarkenlauf beteiligen möchten. Auch beschließt die Versammlung aus dem 8 pCt.-Fond 50 Mk. an die ausgesperrten Genossen abzugeben. Weiter sprechen verschiedene Mitglieder noch ihr Bestreben darüber aus, daß der plötzliche Tod unseres Gen. Joseph Anlauf nicht in der Sterbetafel bekannt gemacht wurde, obgleich schon zweimal, am 7. und 27. März die Todesanzeige eingekandt worden ist und die Sterbetafel bis dato schon zweimal veröffentlicht wurde. Sollte dies ein Versehen des Redakteurs sein, so wird gewünscht das Verfaumte baldmöglichst nachzuholen.

Literarisches.

„Wider die Pfaffenherrschaft“ betitelt sich ein populär historisches Werk des leider so früh verstorbenen Reichstagsabgeordneten Emil Rosenow, das jedoch in Lieferungen im Verlage der Buchhandlung Vorwärts zu erscheinen beginnt. Dies Werk, das in frischer, lebendiger Darstellung und volkstümlicher Sprache eine Reihe farbiger und bewegter Bilder aus der geschichtlichen Entwicklung der Kirche entrollt, will keineswegs in leichter Pfaffenreflexion bestehen, sondern beruht auf gewissenhaftem Studium der einschlägigen historischen, kulturhistorischen und wirtschaftspolitischen Literatur. Wohl jedem unserer Genossen ist schon der lebhafteste Wunsch aufgestiegen, eine Weltgeschichte zu besitzen, die, streng auf wissenschaftlich objektiver Forschung fußend, doch die geschichtliche Entwicklung im Lichte der sozialistischen Geschichts- und Weltanschauung darstellte. Eine solche, im Geiste der materialistischen Geschichtsauffassung verfaßte Weltgeschichte existiert aber bis jetzt leider nicht. Die Weltgeschichte der bürgerlichen Geschichtsschreiber stellt sich uns dar als ein chaotisches Neben- und Durcheinander von dynastischen Intrigen und Kriegsgreueln, über deren tiefere Ursache wir völlig im Unklaren bleiben. Die intensive geistige und materielle Inanspruchnahme der Sozialdemokratie durch die Führung des politischen und ökonomischen Befreiungskampfes hat bis jetzt leider die Inangriffnahme eines im sozialistischen Sinne gehaltenen Geschichtswerkes verhindert. Wohl besitzt die deutsche sozialdemokratische Literatur bereits vorzügliche Werke über bestimmte Ereignisse und enger umgrenzte Zeitalter, allein eine „Weltgeschichte“ soll erst noch geschrieben werden. Da nun aber das Interesse des deutschen Proletariats

für einen so überaus wichtigen und interessanten Gegenstand, wie die Entwicklungsgeschichte der Menschheit, ein so außerordentlich großes ist und sein muß, hat es unser Partaverlag unternommen, die allseitig empfundene Lücke einstweilen wenigstens durch eine Reihe populärer Geschichtswerke auszufüllen, die besonders interessante Epochen der Geschichte behandeln. Das Werk des Genossen Rosenow dürfte ganz besonders warmer Aufnahme begegnen. Unternimmt er es doch, vom Standpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung aus eine großzügige Darstellung der Geschichte des Pfaffenregiments zu entwerfen. Es enthält eine Fülle des Fesselnden und Belehrenden, lebendige Schilderungen des Papsttums, des Klosterlebens, der Ketzerverfolgungen, der religiös-kommunistischen Sektens des Mittelalters, des Jesuitismus, der Hexenprozesse u. s. w. Dabei sucht der Verfasser stets die treibenden Kräfte der geschichtlichen Entwicklung bloßzulegen. Was in der landläufigen Darstellung als trübes Irren des menschlichen Geistes erscheint, erscheint in der Beleuchtung der materialistischen Geschichtsmethode als der Ausfluß der unter schweren Bedingungen sich durchsetzenden ökonomischen Entwicklung. Die dreisten Märchen mehr oder minder frommen Pfaffenstruges werden deshalb nicht minder unerbittlich zerrissen. Die Ausstattung des Werkes, das in 50 Lieferungen à 20 Bfg. erscheint, ist eine vornehm gediegene. Der Text wird durch eine Fülle historischer Illustrationen belebt. Druck und Papier sind vorzüglich, sodas das komplette Werk auch nach dieser Richtung hin eine Zierde jeder Bibliothek bilden wird. Zudem wir im Feuilleton dieser Nummer dieses Blattes eine Textprobe des Werkes veröffentlichen, geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß der buchhändlerische Erfolg des verdienstlichen Unternehmens den Verlag auch zur Fortsetzung seiner historischen Aufklärungsarbeit ermutigen wird.

Briefkasten.

M. G. B. ist als Angestellter der Dreistrassenkasse dem Verbands der Bureau-Angestellten beigetreten. — **W.** ist seit längerer Zeit in der königlichen Porzellanmanufaktur beschäftigt und fühlt sich nun, wie er selbst erklärte, genügend „versichert“. An der Schwelle der „Königlichen“ legt man eben die Solidarität ab und löst jedes Band mit den „gewöhnlichen“ Arbeitern.

* Berichte von Zimenau und Wesel, Quittung über eingegangene Streikunterstützungen in nächster Nummer.

Adressen-Nachtrag.

Eisenach. Kass.: Gottfried Schöneborn, Gerbmaler, wohnt Bachstr. 41 bei Jablonski.
Farge. Kass.: Fritz Menge. — Rev.: Martin Kaiser, Reum h. Farge, beide Dreher.
Drederuf. Kass.: Wilhelm Habermann, Brückenstraße 84.
Oberlind. Rev.: Emil Junius, Dreher.
Hoflau. Vorl.: Karl Freitag, Hofestr. 8a.
Vordamm (Ostbahn). Kass.: Franz Torzewski, Dreher.

Sterbetafel.

Rudolstadt-Volkstedt. Emil Sternkopf, Former, geb. 19. Februar 1856 zu Schwarzburg, gest. 20. März 1904 zu Rudolstadt, an Lungen- und Kehlkopf-Tuberkulose. Krank seit dem 1. Januar 1900. Mitglied des Verbandes und Beihilfefonds.
Sorau. Josef Hanel, Dreher, geb. den 17. April 1860 zu Kamitz i. Schl., gest. den 18. März 1904 an Lungentuberkulose. Letzte Krankheitsdauer 49 Wochen. Mitglied des Verbandes und Beihilfefonds.
Ziefenfurt. Josef Anlauf, Maler, geb. den 1. Juli 1867 zu Nieder-Steine, gest. den 7. März an Herzschlag. Die Zahlstelle verlor an ihm einen ihrer rührigsten und besten Genossen.
Vordamm. Herm. Steinfel, Maler, geb. 16. Februar 1858, gest. am 7. Februar Verbandsmitglied.
— Ernst Schilling, Dreher, geb. am 8. Dezember 1857 in Driesen, gestorben am 28. März 1904 an Asthma und Lungenentzündung.
Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Annaburg. Sonnabend, den 16. April, abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal (Germann Bed). Alles hat zu erscheinen.
Berlin II. Sonnabend, den 28. April, im Gewerkschaftshaus, Engeluser 15, Saal 8. Tages-

